

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version
Operation '82

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1981) : Operation '82, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 9, pp. 418-419

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135594>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Operation '82

Welcher Patient würde sich schon gern einem Team von Ärzten anvertrauen, das sich vor dem Eingriff gründlich über die anzuwendende Methode zerstritten hat und das diesen Streit auch noch während der Operation fortsetzt? So aber ist es dem Patienten Bundesrepublik bei der sogenannten Operation '82 gegangen. Einigkeit bestand eigentlich nur darüber, daß das Defizit im Bundeshaushalt 1982 auf 26,5 Mrd. DM begrenzt werden sollte. Über die entscheidende Frage des „Wie“ gingen die Meinungen weit auseinander. Gleichwohl kann sich das Ergebnis des Eingriffs durchaus sehen lassen. Das Maßnahmenpaket als Ganzes spiegelt ein Konzept wider, das den Problemen angemessen ist, auch wenn an manchen Einzelheiten verständlicherweise Kritik geübt wird.

Als erstes Positivum ist festzuhalten, daß das Ziel der Defizitbegrenzung für 1982 erreicht worden ist. Die Bedeutung dieser „befreienden Tat“ sollte nicht gering geschätzt werden; vor allem ist die Gefahr des Attentismus erheblich verringert worden. Allerdings wird mit Recht darauf verwiesen, daß der Etat 1982 noch Risiken enthält. Sollte die wirtschaftliche Entwicklung ungünstiger verlaufen, als bei den Etatansätzen für die Steuereinnahmen und die Ausgaben z. B. für Arbeitslose unterstellt worden ist, würde sich ein höheres als das jetzt errechnete Defizit ergeben. Dies sollte allerdings nicht zum Anlaß für einen neuen Kraftakt genommen werden. Weitere Mindereinnahmen und Mehrausgaben aus solchen Gründen müßten vielmehr durch erhöhte Kreditaufnahme finanziert werden, will man sich nicht dem Vorwurf Brüningischer Politik aussetzen. Anders wäre es zu beurteilen, wenn etwa das Verteidigungsministerium erneut die Übersicht über seine Verpflichtungen verlieren sollte.

Sodann ist hervorzuheben, daß die Begrenzung des Defizits weit mehr durch Abstriche bei den Ausgaben als durch Erhöhung von Steuern erreicht worden ist – freilich auch unter kräftiger Mithilfe durch den Bundesbankgewinn. Bei den Ausgabenkürzungen gibt es aber einen erheblichen Schönheitsfehler. So ist eine Einsparung von 3 Mrd. DM beim Zuschuß für die Bundesanstalt für Arbeit nur durch eine auf zwei Jahre befristete Verlagerung zwischen Arbeitslosen- und Rentenversicherung erzielt worden. Insoweit ist das Problem lediglich vertagt. Die Kürzungen betreffen praktisch nur konsumtive Ausgaben. Ihnen stehen einige Mehrausgaben für investive Zwecke gegenüber, vor allem für die Stahlindustrie und zur Energieeinsparung. Steuererhöhungen gibt es fast nur bei Verbrauchssteuern; weitgehend geschont wurden die Steuern auf die Einkommen. Zugleich sind die degressiven Abschreibungsmöglichkeiten für bewegliche Wirtschaftsgüter, Betriebs- und Wohngebäude verbessert, die Abschreibungssumme im Rahmen des § 7b erhöht worden. Alles in allem läuft die Haushaltskonsolidierung auf eine tendenzielle Verringerung des Staatsanteils hinaus. Sie geht zu Lasten konsumtiver Ausgaben und ist mit einer Umstrukturierung der Steuern in Richtung Verbrauchsbelastung und Investitionsbegünstigung verbunden.

Dies alles steht im Einklang mit dem Erfordernis einer Verbesserung der Wachstumsbedingungen, also jenem Ziel, an dem das Ergebnis der Operation '82 letztlich gemessen werden muß. Nur vordergründig ging es um die öffentlichen Finanzen im allgemeinen und um den Bundeshaushalt 1982 im besonderen. In Wirklichkeit ging es um weit mehr, nämlich um die Korrektur von Fehlentwicklungen, die zur Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung werden. Gerade diese fundamentalen Aspekte erklären die Schroffheit der Gegensätze zwischen und in den Koalitionsparteien. Die Entscheidung über die Art der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen war eben keine „technische Frage“, sondern es standen auch Elemente der Wirtschaftsordnung zur Debatte. Und wenn angesichts des Umfangs der Einsparungsnotwendigkeit auch Eingriffe in soziale Leistungsgesetze unvermeidbar waren, dann ging es zugleich um Fragen des Verhältnisses von Sozialstaat und Leistungsgesellschaft zueinander.

Die Eckpfeiler des Sozialstaates sind unangetastet geblieben, so wird übereinstimmend festgestellt. Das stimmt zweifellos, obwohl das Maßnahmenpaket eine ziemlich lange Liste von Einsparungen bei den Sozialausgaben und darauf gerichtete Absichtserklärungen enthält. Aber etwas anderes konnte doch wohl auch nicht beabsichtigt gewesen sein. Schließlich gebietet schon das Grundgesetz, daß die Bundesrepublik Deutschland ein sozialer Staat sein soll. Gerade in einer Situation wie der heutigen wären die gesellschaftlich-politischen Konsequenzen eines Antastens dieser Qualität unabsehbar. Es ging auch gar nicht um die Eckpfeiler des Sozialstaats, sondern allein um seine teilweise grotesken Auswüchse. Sie sind es, die in zunehmendem Maße die Grundlage für den Sozialstaat gefährden, nämlich eine funktionierende Wirtschaft. Die Operation '82 enthält vielversprechende Ansätze zu der so notwendigen Entschlackung des Sozialsystems.

Bemängelt wird, vor allem von den Gewerkschaften und von Teilen der SPD, daß es an Beschäftigungseffekten fehle. Soweit dieses Urteil lediglich Ausdruck der Enttäuschung darüber ist, daß letztlich doch kein „Beschäftigungsprogramm“ beschlossen worden ist, kann man zur Tagesordnung übergehen. Ein Programm mit einem Volumen von 1,5 Mrd. DM wäre eine Farce gewesen. Beschäftigungsprogramme, die diese Bezeichnung verdienen, sind jedoch nicht finanzierbar. Sie wären aber wahrscheinlich auch unwirksam, und zwar aus dem gleichen Grunde, aus dem sie nicht finanzierbar sind: Der Staat hat die Grenze seines Kredits nicht nur in finanztechnischer Hinsicht erreicht. Große Programme würden in dieser Situation vermutlich in erster Linie Mißtrauen hervorrufen, also genau das Gegenteil dessen, was mit der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen erreicht werden soll. Dem positiven Beschäftigungseffekt eines solchen Programms würde ein negativer durch unterlassene Dispositionen gegenüberstehen. Der Saldo könnte schon auf kurze Sicht ein negatives Vorzeichen haben.

Nun kann ohnehin keine Rede davon sein, daß die beschlossenen Maßnahmen keine Beschäftigungseffekte hätten. Da sind einmal die erheblich verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten, zum anderen die günstigeren Zinsperspektiven infolge der Begrenzung der künftigen Staatsdefizite und nicht zuletzt die allgemeine Verbesserung von Erwartungen für die künftige Wirtschaftsentwicklung, die durch die Anstrengungen zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen bewirkt wird. Darin liegt ein großes Potential an Beschäftigungseffekten. Sie werden allerdings nur teilweise schon kurzfristig wirksam; teilweise treten sie erst auf mittlere Sicht ein. Und ihnen stehen kurzfristig negative Effekte aufgrund von Einkommenseinbußen gegenüber. Niemand kann sagen, welche Effekte auf kurze Sicht überwiegen werden. Aber selbst wenn es zunächst die negativen sind – es gibt keine überzeugende Alternative zur Sparpolitik der öffentlichen Hand. Kurzfristige Einbußen wären nur der unvermeidliche Preis für mittelfristige Erträge in Form von mehr Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.

Noch ist das politische Schicksal der beschlossenen Maßnahmen nicht abzusehen. Interessen der Flügel in den Koalitionsparteien, der Opposition und der Länder werden sich Geltung zu verschaffen suchen, und der Weg durch die Legislative ist lang. Es ist unwahrscheinlich, daß schließlich etwas herauskommen wird, das nach ökonomischen Kriterien besser ist als das heute vorliegende Ergebnis. Gefährlich wäre es, wenn alles wieder in Frage gestellt würde. Attentismus entsteht viel schneller als Vertrauen.